



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 2.1.2006

Magistrat will das Bordell

Zum Bericht „Magistrat genehmigt Bordell in Marburg“:

Die Oberhessische Presse vom 21. Dezember schreibt: Der Magistrat der Stadt Marburg sieht keine rechtliche Handhabe, das geplante Bordell in der Siemensstraße zu verhindern.

Richtig ist: Der Magistrat will das Bordell nicht verhindern und die rechtliche Handhabe nicht sehen, die der renommierte Jurist Dr. Hauck-Scholz in seinem Gegengutachten aufgezeigt hat. Deshalb wurde die Baugenehmigung für das Großbordell in der Siemensstraße am 5. Dezember erteilt und somit der Auftrag des Stadtparlaments vom 14. Oktober in den Magistrat ignoriert. Danach sollte dieser alle juristischen Möglichkeiten prüfen, um das geplante Bordell zu verhindern.

Die jetzige Entscheidung ist eine klare Missachtung des parlamentarischen Willens, für die sich nur eine Erklärung finden lässt, die OB Vaupel schon im Juli zu erkennen gegeben hat. Da waren die Umbauarbeiten in der Siemensstraße 10 in vollem Gange, ohne dass die Betreiber es für nötig gehalten hätten, einen Bauantrag zu stellen; und Herr Vaupel sprach bereits zu diesem Zeitpunkt von „Regressforderungen“, die auf die Stadt zukämen, würde man das Bordell nicht genehmigen.

Wie aber können Bordellbetreiber, die ohne Bauantrag bauen, Regressansprüche stellen? Und wofür? Regressforderungen wären doch nur dann zu befürchten, wenn schon lange vorher feste Zusagen für die Genehmigung des Bordells gemacht worden wären. Würde man nun keine Genehmigung erteilen, hätte das eine Klage der Betreiber zur Folge.

Was dann auf den Verhandlungstisch käme und der Öffentlichkeit bekannt würde, wären nicht nur Namen von Personen, die etwas zu verlieren hätten.

Was sonst könnte den Magistrat, allen voran Herrn Vaupel, veranlasst haben, die Rechte der Stadt so preiszugeben?

Und was dem Ganzen noch die Krone aufsetzt: OB Vaupel will am Anfang des nächsten Jahres die Einrichtung einer „Beratungsstelle für Prostituierte“ vorantreiben, wahrscheinlich auf Kosten der Marburger Steuerzahler.